Berliner Tageblatt

XV. Jahrg. Nr. 18

6. Mai 1926

Erscheint Donnerstag: Bezugspreis für das Ausland: jährlich: Aegypten 25 sh, Argentinien 14 Peso p., Belgien 90 Frs., Bolivien 5 $ U.S.A., Brasilien 30 Milreis, Bulgarien 600 Lewa, Chile 36 Peso p., China 25 sh., Columbien 5 $ U.S.A., Dänemark 24 Kr., Ecuador 5 $ U.S.A., Estland 600 estn. M., Finnland 150 finn. M., Frankreich 90 Frs., Griechenland 320 Drachmen, Grossbritannien u. Kol. 25 sh, Holland 12,50 fl., Italien 75 Lire, Japan 12 Yen, Jugoslawien 320 Dinar, Lettland 1200 lett. Rub., Litauen 40 Lit Luxemburg 90 Frs., Mexiko u. Kuba 5 $ U.S.A., Niederländisch-Indien 12,50 fl., Norwegen 25 Kr., Oesterreich 40 Schilling, Paraguay 14 arg. Peso p., Peru 1½ Lp., Polen 5 $, Portugal 100 Esc., Rumänien 750 Lei, Schweden 20 Kr.

Wochen-Ausgabe
für Ausland und Uebersee

Schweiz 30 Fr., Spanien 30 Pesetas, Tschechoslowakei 150 Kr., Türkei 25 sh, Uruguay 5 Peso oro, U.S.S.R. 5 $ U.S.A., Venezuela u. Zentralamerika 5 $ U.S.A., Verein. Staaten (U.S.A.) 5 $. Anzeigen für die zwölfgespaltene Nonpareillezeile (Rudolf Mosses Zeilenmesser 4) 0,60 RM. Rubrik Deutsche Waren 0,75 RM. für die 27 mm breite Zeile n. bes. Tarif. Alleinige Anzeigenannahme: Annoncen-Exp. Rudolf Mosse, Berlin SW 19. Breslau, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Halle a. S., Karlsruhe i. B., Köln a. Rh., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart, Prag, Wien, Budapest, Warschau, Bukarest, Amsterdam, Basel, Zürich. Druck u. Verlag von Rudolf Mosse, Berlin. Telegr.-Adr.: „Berlibla" Berlin. — Rudolf Mosse-Code.

Deutschland und Russland.

Der Berliner Vertrag.

P. Sch. Der Völkerbund hat nicht dazu ausgereicht, Frieden und Sicherheit zwischen den Völkern Europas zu schaffen, geschweige denn der Vertrag von 1919, dem das Wort „Friede" vorgesetzt ist. Es musste sofort ein System von Aushilfen geschaffen werden, damit dieser Friede bestehe. Aber das Völkerbundsstatut war nur das erste solcher Systeme. In den folgenden Jahren schon entstanden zwischen den Staaten, Deutschland mit einbegriffen, „Neutralitätsverträge" und schiedsgerichtliche Abreden. Dann kam eine weitere umfangreiche Aushilfe für die Friedenssicherung, die der Friedensvertrag nicht enthielt und der Völkerbund augenscheinlich in ungenügendem Masse, der Pakt von Locarno. Inzwischen hatte Sowjetrussland auch den Weg zur Friedenssicherung durch verstärkte Bekräftigung seiner guten Absichten beschritten. Dem sollten die missglückten Konferenzen mit den baltischen Staaten, der Vertrag mit den Tschechen dienen; der Pakt mit den Türken, der unbedingte gegenseitige Neutralität zusicherte, lief durchaus dem Ereignis von Locarno parallel. Solche Pakte ist Russland bereit, mit der ganzen Welt zu schliessen. Nun haben auch wir in dies russische System hineingelangt, und „unter Voraussetzung friedlichen Verhaltens" des anderen im Falle eines bewaffneten Konfliktes werden wir neutral bleiben. Im übrigen bauen wir unsere in Rapallo zum erstenmal vor der Welt bekräftigte Freundschaftspolitik mit Sowjetrussland weiter aus.

Alle diese Verträge haben eine Eigentümlichkeit, sie ziehen um die Gefahr, die sie bekämpfen wollen, einen Zaun, stellen eine Warnungstafel in sie hinein, aber sie bekämpfen sie nicht oder heben sie nicht auf. Sie sind unter dem Eindruck einer furchtbaren, über allen Häuptern schwebenden Gefahr entstanden, sie wenden sich gegen eine Katastrophe, aber sie treffen nicht die Ursachen, um derentwillen sie eben droht. Man hofft, Ruhe und Vertrauen werden nun so zunehmen, dass man sich an die Beseitigung dieser verhängnisreichen Ursachen machen kann, ohne fürchten zu müssen, eben dieser Versuch werde die Katastrophe herbeiführen oder wenigstens beschleunigen. Vorläufig liegt diese Hoffnung freilich im ungewissen.

Die Verhandlungen mit Russland sind unabhängig von unseren Paktvorschlägen des Januar-Februar 1925, die von den Russen angesponnen worden. Das Ziel war ursprünglich enger und sozusagen konkreter. Es hat sich dann nach den Ergebnissen unseres Meinungsaustausches mit den Alliierten vor und in Locarno gemodelt. Die Einwendungen der Russen gegen unsere Locarno-Politik haben sich ungefähr ausgeglichen mit den wieder gegen sie gerichteten Ratschlägen, die zugleich von der anderen Seite kamen. Alle diese Motive sind in der glänzenden Improvisation zusammengefasst worden, in der Stresemann bei einem der staatsmännischen Tees in Locarno vor einem aufhorchenden Publikum die schliesslich unabänderliche Lage Deutschlands zwischen Ost und West auseinandersetzte und die unabänderlichen Forderungen, die sich für die deutsche Politik daraus ergäben. Der Artikel 16, das heisst die russische Frage, spielte in Locarno eine sehr grosse Rolle. Der Sache nach wurde im Westpakt schon der Ostpakt verhandelt. Dadurch gewann der Westpakt, politisch gesehen, an Umfang, aber er verlor gerade darum an Inhalt.

Litwinow hat sich trotzdem nun noch einmal entschieden gegen Locarno ausgesprochen. Man begreift nicht ganz: die Russen haben wieder und wieder in jeder Form versichert, dass die ganze Aktion, die nach Locarno führte, auf seiten der Alliierten den Zweck hatte, uns unter allen Umständen von dem grossen östlichen Reich zu trennen. Wäre dieser Zweck erreicht worden, so muss man fragen, hätte es dann für die Russen irgend Sinn gehabt, mit uns einen Pakt zu schliessen? Wenn unser Vertrag mit seiner Auslegung der Paragraphen, die in den Noten zwischen Krestinski und Stresemann enthalten ist, irgendwelchen Wert für die Russen haben soll, dann ist der Locarno-Vertrag auch ein Pakt, der den Russen mindestens erträglich scheinen muss. Er sagt ja dasselbe. Aber die Russen lehnen diese Beweisführung ab. Der russische Standpunkt ist der, dass die Definitionen, die jetzt getroffen worden sind, noch immer alle Möglichkeiten offen lassen für das, was im Ernstfall wirklich geschehen kann. Die Russen würden nur ganz befriedigt sein, wenn wir gesagt hätten: „Wir lassen niemand durch deutsches Gebiet marschieren, um Russland anzugreifen" und: „Wir nehmen an keiner Strafmassregel wirtschaftlicher oder finanzieller Art teil, die gegen Russland verhängt wird." Aber das eben haben wir nicht gesagt. Wir haben uns nur vorbehalten, was wir sagen werden. Wir haben uns das Recht zugesprochen, das auch tatsächlich im Text des Völkerbundsstatutes begründet ist, in jenem Ernstfall nach unserem Ermessen zu handeln. In diesem Zusammenhang scheint den Russen die heissumstrittene Spezifizierung: „trotz friedlichen Verhaltens" nur sekundär. In ihrem Gedankengang lässt sich das schliesslich verstehen. Denn sie erklären sich die Zustimmung Chamberlains zum Vertrage mit seiner Zuversicht, dass im gegebenen Falle Deutschland mitgerissen werden wird und wirtschaftlich und aus tausend anderen Gründen gar nicht anders gegen Sowjetrussland wird handeln können als das solidarische Westeuropa, und dass Chamberlain darum damit zufrieden sei, uns aus dem östlichen Schmollwinkel heraus auf die Basis des Völkerbundes geführt zu haben, auf der allein uns die Frage vorgelegt werden kann, ob wir durchmarschieren lassen oder nicht. Wenn also die Russen uns nun auch in bezug auf die Interpretation der Artikel 16 und 17 festgelegt haben, dann augenscheinlich nur, um ebenfalls eine Basis zu haben, auf der sie mit uns argumentieren können, mit gleichem Recht wie die Völkerbundsmitglieder. Aber ihre Einschätzung der Dynamik der Kräfte, die die europäische Politik überhaupt regieren, erfüllt sie nicht mit absolutem Vertrauen für den Ausfall der Entscheidung, wenn der kritische Moment eintritt, in dem sich eine westliche Koalition gegen Russland in Bewegung setzt. Dass die Frage des Durchmarsches überhaupt in so definitiver Form aufgetaucht ist, darin wollen sie einen Fortschritt des faktischen Abgleitens Deutschlands gen Westen sehen. Die deutsche Politik ist optimistisch, die sowjetrussische pessimistisch eingestellt. Wir glauben, dass wir durch die Politik, die wir seit vierzehn Monaten führen, in eine Zeit zunehmender Befriedung Europas eingetreten sind — einer Entspannung, die uns die Pflege unserer Beziehungen zu Russland nur erleichtern werde. Die Russen glauben, dass Deutschland in dieser kurzen Zeitspanne schon stark von westlichen Einflüssen absorbiert worden sei, seitdem es den Locarno-Pakt abgeschlossen habe. Nun denke Deutschland an den Völkerbund und beraube sich durch diese Bindungen seiner einzigen Waffe, nämlich es im ungewissen zu lassen, wohin es sein Gewicht legen wolle und welchen Entscheidungen es zustrebe.

Aber in einem müssen uns die Russen wenigstens recht geben trotz dieser Kontroverse, die wir auch nach der westlichen Seite führen müssen, die uns wieder den Osten als die Gefahr hinstellt. Wenn eine so unsichere, mit grossen Entscheidungen geladene Zukunft vor den beiden Völkern steht und eine Freundschaftsprobe, die ganz auf unseren Schultern liegen wird, möglich ist, so sollten die Beziehungen zwischen den beiden Ländern um so mehr den Geist des Vertrauens und der gegenseitigen Förderung entwickeln, der das beste Mittel ist, um den Westen davon abzuschrecken, uns auf die Probe zu stellen. Die Bedenken, die die Russen haben, beziehen sich auf eine Periode, die durchaus noch nicht angebrochen ist. Es gibt Mittel, um sie abzuwenden. Sie liegen noch mehr in der Hand der Russen als in unserer. Die deutsch-russische Freundschaft hat viele Freunde in Deutschland — was sich vor sie stellt, sind immer wieder „Zwischenfälle", an denen die deutsche Seite nicht notwendig in jedem Fall unschuldig ist, die aber immer von der anderen Seite mit mehr Temperament und Zähigkeit ausgefochten werden, als nötig ist. Diese sich das nicht ändern? Was wir weiter hoffen, im beiderseitigen Interesse, ist die Stabilisierung der wirtschaftlichen Beziehungen. Das Aussenhandelsmonopol ist eine Notwendigkeit für den Ausbau der Staatsform Sowjetrusslands, das müssen wir hinnehmen, aber es ist eine so mächtige Waffe, dass für die, die sie führen, die Verführung naheliegt, sie allzu ausgiebig zu gebrauchen. Wir sehen in dem 300-Millionen-Kredit, über den jetzt so energisch zwischen den beiden befreundeten Ländern verhandelt wird, ein Mittel, um den Handelsbeziehungen zu Russland den regelmässigen Rhythmus zu verleihen, dessen sie bedürfen. Es ist vielleicht gut hinzufügen, dass es falsch wäre, wenn auch auf deutscher Seite Banken und Industrien diesen Kredit zu einem Druckmittel monopolistischer Art machten. Er ist nicht einmal dazu geeignet. Wenn Deutschland und Russland aufeinander angewiesen sind, so heisst das doch nicht, dass sie einander genug sind, und auch die Politik des roten Russland, nicht nur unsere, ist ja energisch darauf gerichtet, die Berührung mit der übrigen Welt herzustellen und nach Kräften auszubauen. Wir haben ein unbedingtes Interesse daran, dass ihm das gelingt. Tatsächlich sind wir bisher die einzige Gewähr dafür, dass Europa nicht weiter zusammenschrumpft und Asien sich bedrohlich vergrössert, so dass in der Nähe der Weichsel ein furchtbarer Fremdkörper entsteht. Die Politik, die Deutschland seit fünf Jahren gegenüber Russland geführt hat, ist der stärkste Grund dafür, dass Europa nicht vollkommen auseinandergebrochen ist und nicht neue Kriege im Osten sich entwickelt haben.

Die deutsche Politik gegenüber Russland bildete in diesen fünf Jahren eine gerade Linie. Dass sie so konsequent und in grossem Schwunge geführt worden ist, das bleibt das geschichtliche Verdienst des Grafen Brockdorff-Rantzau in Moskau. Unsere auswärtige Politik ist Jahre hindurch von der westlichen Politik geradezu absorbiert worden. Aber der Weg nach Osten ist offen geblieben, trotz aller Kräfte von innen und aussen, die sich dazwischenzuschieben versuchten. Das ist eine oft in ihrem Wert unbegriffene oder verdunkelte Tat. Dies Faktum ist in mühseliger Arbeit geschaffen worden und in Locarno ist es in seiner ganzen Bedeutung in Erscheinung getreten. Es ist nur billig, dass es jetzt von neuem dokumentiert worden ist.

* * *

Unterredung mit Dr. Stresemann.

Die Kritik am Berliner Vertrag. — „Gerade weil Russland ausserhalb des Völkerbundes steht, ist ein Ausgleich notwendig." — Keine geheimen Abmachungen.

Der Berliner Vertrag hat in den letzten Tagen die Presse aller Länder ausgiebig beschäftigt. Der Wert dessen, was über ihn geschrieben ist, steht zwar oft in einem Missverhältnis zu der Menge der Worte, die man dafür gebraucht hat, aber man hat doch eine Reihe von Gesichtspunkten herausgearbeitet, die in den verschiedenen Artikeln jetzt fast monoton wiederkehren und zu denen kaum Neues getreten ist. Bis zu einem gewissen Grade lässt sich also der Eindruck, den der Abschluss des Berliner Vertrages gemacht hat, heute übersehen, und das hat mich veranlasst, den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann zu bitten, sich über die Aufnahme des Vertrages in der Oeffentlichkeit des Auslandes zu äussern.

Dr. Stresemann fand, dass die Besprechung des Vertrages im allgemeinen nicht gerade beunruhigend sei, dass aber einzelne Aeusserungen doch etwas verwunderlich seien. Er unterstrich aller Kritik gegenüber noch einmal die Geradlinigkeit der deutschen Aussenpolitik. „Die Aufgaben unserer Politik", sagte er, „sind durch die geographische Lage Deutschlands und durch alles das, was das Schicksal über das deutsche Volk verhängt hat, in ganz anderer Weise bestimmt als die Politik der übrigen grossen europäischen Länder. **Die deutsche Aussenpolitik muss in erster Linie Friedenspolitik sein, Friedenspolitik nach allen Seiten.** Aber, wenn wir Aussenpolitik mit dem Westen und mit dem Osten machen müssen, so bedeutet solche „zweiseitige Politik" doch nie und nimmer zweideutige Politik! Ich möchte den Tatbestand gegenüber dem Westen und gegenüber dem Osten einmal kennzeichnen. Die Grundlinie unserer Politik ist in beiden Fällen der Frieden, und diese Linie haben wir von jeher mit aller Klarheit verfolgt und werden sie weiter verfolgen. Auf dem Wege unserer Friedenspolitik liegt das Dawes-Abkommen, liegt der Vertrag von Locarno und unsere Anmeldung zum Völkerbund. Alle diese politischen Akte bezwecken, **das Verhältnis eines wahren Friedens zwischen uns und den anderen Staaten, den der Vertrag von Versailles doch nicht gebracht hat, herzustellen.** Der Weg ist lang und mühselig, aber wir sehen doch wenigstens eine Annäherung zum Ziel. Es liegt jedoch in der Natur der Dinge, dass diese Politik, die sich mit dem Westen beschäftigt, für uns sozusagen mehr tägliche Arbeit bringt. Denn die grossen Probleme lösen sich praktisch stets in eine Unzahl Fragen kleiner und kleinster Art, die man bewältigen muss, um einen Schritt vorwärts zu kommen. Ein gleicher mühseliger Weg war für die Politik gegenüber dem Osten nicht notwendig. Die gewiss **kühne Tat des Vertrages von Rapallo hat hier mit einem Schlage all diese Fragen liquidiert** und einen guten Grund geschaffen, auf dem wir unsere Beziehungen zur Sowjetunion weiter ausbauen konnten. Aber weder der Vertrag von Rapallo und der Berliner Vertrag, noch die Schritte, die wir in unserer Westpolitik getan haben, wären für die deutsche Politik als isolierte Akte möglich. Nach der grossen Wendung, die Locarno in unserer Westpolitik brachte, und die durch den Eintritt in den Völkerbund zu einer endgültigen zu machen unsere selbstverständliche Aufgabe bleibt, war es nötig, **die deutsch-russischen Beziehungen, die bis dahin lediglich auf dem Vertrag von Rapallo beruhten, der neugeschaffenen Situation anzugleichen.** Die Aufgabe war nicht leicht, denn nach beiden Seiten mussten wir uns gegen Missdeutungen schützen. Wir

Rademacher (X) und Frölich (XX) vor dem Palais des Reichspräsidenten.
Die deutschen Meisterschwimmer Rademacher und Frölich, deren Siegeszug durch Amerika in der ganzen Welt Aufsehen erregte, wurden in der vergangenen Woche vom Reichspräsidenten v. Hindenburg empfangen.